

1 Einleitung

Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es Individuen und Gruppen, die die Demokratie abschaffen wollen. Der demokratische Dreiklang aus in Wahlen und Abstimmungen ausgeübter Volkssouveränität, der Wahrung von Menschenrechten sowie Rechtsstaatlichkeit stößt hier wie dort auf den Widerstand politischer Extremisten, die aus unterschiedlichen ideologischen Motivationen heraus ein politisches System herbeiführen wollen, das mit den Minimalbedingungen demokratischer Willensbildung nicht vereinbar ist. So unterschiedlich wie die extremistischen Ideologien sind die gewählten Mittel, um die Demokratie zu überwinden. Während die einen durch gewalttätige und terroristische Aktionen versuchen, die demokratische Ausrichtung eines Gemeinwesens zu delegitimieren und den Rechtsstaat zu destabilisieren, halten sich die anderen zur Erreichung ihrer Ziele weitgehend an die formalen Spielregeln der Demokratie und verzichten auf physische Gewalt.¹ Dass gewalttätiger politischer Extremismus in Demokratien nach Recht und Gesetz bekämpft werden darf und muss, ist unbestritten. Wie Demokratien allerdings mit dem zweiten Typus – grundsätzlich nichtgewalttätige Extremisten – umgehen, unterscheidet sich von Staat zu Staat. Im Gegensatz zu gewalttätigen und terroristischen Ansätzen unterliegt staatliches Eingreifen hier einer deutlich weiter reichenden Begründungspflicht. Zwei besonders divergierende Herangehensweisen auf diesem Feld finden sich in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Wenngleich ein gesetzestreuer – legalistischer – Ansatz in beiden Staaten keine realistische Chance zur Verwirklichung antidemokratischer Ideen bietet, steht dem Ruf nach Verboten, strafrechtlicher Einhegung und Beobachtung von extremistischer Betätigung in Deutschland eine weitgehende staatliche Duldung in den Vereinigten Staaten gegenüber.

¹ Freilich ist keine lupenreine Abgrenzung der beiden Typen extremistischer Betätigung vorzunehmen, gibt es doch teils erhebliche Schnittmengen gewalttätiger und nichtgewalttätiger Extremisten. Grundsätzlich ist es jedoch möglich, zwischen eher gewaltorientiertem und eher nichtgewalttätigem, auch legalistisch genanntem Extremismus zu unterscheiden.

Fragestellungen und Hypothesen

„Die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund der zahlreichen Möglichkeiten des vorverlagerten Demokratieschutzes eine *streitbare Demokratie*, während die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihres liberalen Ansatzes keinesfalls entsprechend als *militant democracy* bezeichnet werden können.“ Eine solche, möglicherweise instinktive Aussage ist angesichts historischer Wandlungsprozesse und der pauschalen, schwarz-weißen Wertung sicherlich zu eindimensional. Deswegen untersucht die vorliegende Studie den staatlichen Umgang mit vorwiegend nichtgewalttätigem politischem Extremismus unter dem Oberbegriff der *streitbaren Demokratie*, mit dem entsprechend neuerer Forschungsansätze nicht allein das deutsche Modell des Demokratieschutzes klassifiziert wird, sondern allgemein der Umgang demokratischer Staaten mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus. So wird die Dichotomie streitbar/nicht streitbar aufgebrochen und einer differenzierten Analyse geöffnet. Die übergeordnete Fragestellung dabei lautet: Wie gehen die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus um? Dabei ergeben sich speziellere Folgefragen: Welche Bedrohungen für die Demokratie gehen aktuell von rechts- und linksextremistischen Strömungen in Deutschland und den Vereinigten Staaten aus? Wie lassen sich staatliche Ansätze des Schutzes vor extremistischen Bestrebungen bestmöglich vergleichen? Welchen Anforderungen unterliegen staatliche Instrumente zum Schutz der Demokratie? Erfüllen die theoretischen Instrumente und die praktischen Maßnahmen zum Schutz der Demokratie vor politischem Extremismus die an sie gestellten Anforderungen? Sind sie also demokratietheoretisch legitimierbar? Falls nicht, wie könnte demokratietheoretische Legitimität hergestellt werden? Inwiefern entsprechen die Demokratieschutzkonzepte den jeweiligen Freiheitsvorstellungen? Warum haben sich unterschiedliche Herangehensweisen herausgebildet? Ist einer der beiden Ansätze „besser“ oder „schlechter“? Was können die beiden Staaten im Umgang mit politischem Extremismus voneinander lernen? Bei der Bearbeitung dieser Fragen werden die folgenden Hypothesen überprüft:

1. Die tatsächliche Bedrohung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten als Demokratien durch nichtgewalttätigen politischen Extremismus ist marginal.
2. Staatliche Maßnahmen gegen nichtgewalttätige politische Extremisten müssen in Theorie und Praxis angesichts der zentralen Bedeutung der Meinungsfreiheit hohen Anforderungen unterliegen, damit eine freiheitliche Ausrichtung der Demokratie gewahrt werden kann.

3. Der Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik unterscheidet sich fundamental: Während in Deutschland von staatlicher Seite repressiv gegen nichtgewalttätige Extremisten vorgegangen werden kann und vorgegangen wird, überlassen die Vereinigten Staaten die Auseinandersetzung mit nichtgewalttätigem Extremismus einem unreglementierten „Marktplatz der Ideen“.

4. Sowohl der deutsche als auch der amerikanische Ansatz können grundsätzlich demokratiethoretische Legitimation finden. Einzelne Legitimationsprobleme gehören in den Vereinigten Staaten eher der Vergangenheit an, während in Deutschland auch aktuell noch demokratiethoretisch problematische Maßnahmen in Theorie und Praxis streitbarer Demokratie aufzufinden sind.

Die Beantwortung der Fragestellungen und die Überprüfung der Hypothesen bedürfen der Abgrenzung und Erläuterung. Historisch beschränkt sich die vorliegende Studie auf die Zeitspanne seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute. Erst ab der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 können die beiden Staaten als demokratische Verfassungsstaaten verglichen werden. Die Aktivitäten der DDR-Regierung gegen oppositionelle Kräfte finden folglich keine Beachtung, da das Erkenntnisinteresse im Bereich der Konfrontation politischer Extremisten durch demokratisch legitimierte Staatlichkeit liegt. Die Konzentration auf den staatlichen Umgang mit nichtgewalttätigem *Rechts-* und *Linksextremismus* mag auf den ersten Blick irritieren, ist doch der politische Islamismus in jüngerer Vergangenheit mindestens ebenso präsent. *Rechts-* und *Linksextremismus* – als breite Oberbegriffe für unterschiedlichste Spielarten des politischen Extremismus – lagen jedoch im Beobachtungszeitraum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl in den USA als auch in Deutschland konstant im Fokus staatlicher Auseinandersetzung mit politischem Extremismus. Der Islamismus kam als neues Phänomen zumindest in westlichen Gesellschaften erst in jüngerer Zeit hinzu und wird überdies eher mit einem Gewalt- oder Sicherheitsproblem als mit legalistischer Einflussgewinnung verbunden.² Die Ergebnisse des Vergleichs gelten zudem letztlich für die staatliche Konfrontation *aller* politischen Extremisten einschließlich des politischen Islamismus, die auf legalem Wege versuchen, Einfluss zu gewinnen. Nicht die spezifische ideologische Ausrichtung der Extremisten steht im Zentrum der Untersuchung, sondern die demokratiethoretische Qualität der theoretisch verfügbaren Instrumente und praktischen Maßnahmen zum Schutz der Demokratie.

² Wenngleich es derartige Versuche selbstredend gibt.

Angesichts der vielfältigen Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit politischem Extremismus muss das Thema weiter eingegrenzt werden. Der Fokus liegt daher auf *staatlichen* Maßnahmen gegen nichtgewalttätige Extremisten. Anders als zivilgesellschaftliche Initiativen unterliegen staatliche Handlungen grundsätzlich dem Gebot der politischen Neutralität, was eine Untersuchung der Mechanismen und Gründe für ein mögliches Aussetzen dieser Neutralität gegenüber Extremisten notwendig macht. Weiterhin liegt der Schwerpunkt allein auf repressiven staatlichen Maßnahmen gegen politischen Extremismus. Keine Beachtung finden mittelbare staatliche Interventionen wie politische Bildungsarbeit, Präventionsmaßnahmen oder die Förderung zivilgesellschaftlicher Anstrengungen gegen politischen Extremismus. Eine Untersuchung dieser Formen der staatlichen Auseinandersetzung mit politischem Extremismus böte Anlass für mindestens eine weitere Studie.

Warum ist eine vergleichende Studie über den staatlichen Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus in Zeiten gefestigter Demokratie dies- und jenseits des Atlantiks vonnöten? Nichtgewalttätiger politischer Extremismus ist eine besondere Herausforderung für freiheitliche Demokratien, da eine Balance gefunden werden muss zwischen der Freiheit politischer Betätigung jedes Einzelnen und dem Schutz der Demokratie vor der Umwandlung in eine Diktatur auf legalem Wege. Gerade in Zeiten ausbleibender Gefährdung der Demokratie durch legalistisch orientierten politischen Extremismus stellt der Umgang mit diesen Kräften einen Indikator für das demokratische Selbstverständnis eines Staates dar.

Der Umgang mit politischem Extremismus nimmt in der Medienberichterstattung und auf der politischen Agenda in Deutschland breiten Raum ein: Seit Jahren wird über den nun erneut gestellten Verbotsantrag gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) diskutiert, extremistische Demonstrationen stellen Kommunen vor nervenzehrende Herausforderungen, bei der Vergabe von staatlichen Geldern sorgte eine „Extremismusklausel“ genannte Bestimmung, die ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlangt, für lebhafte Debatten. Die Legitimation des behördlichen Verfassungsschutzes wird allorten angezweifelt, was nicht zuletzt an der verspäteten Aufdeckung der terroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) liegt, die mutmaßlich für mindestens zehn Morde verantwortlich ist, jedoch bis zu ihrem Ende durch Suizid der beiden Haupttäter im November 2011 durch alle kriminalistischen und nachrichtendienstlichen Raster gefallen war. Die Studie kann nicht auf all diese Themen detailliert eingehen, will jedoch für einen Teilbereich des Umgangs mit politischem Extremismus einen Beitrag leisten. In den Vereinigten Staaten ist politischer Extremismus im medialen Alltag weniger präsent. Gleichwohl findet auch dort eine Debatte über den richtigen Umgang

mit extremistischen Meinungsäußerungen statt. Gerade im Bereich der Volksverhetzung bzw. Hate Speech macht sich ein gewisses Unbehagen über deren staatliche Tolerierung breit, das sich beispielsweise in umstrittenen Verhaltensregeln für Universitätsgelände Bahn bricht. Ein Vergleich des Umgangs mit nichtgewalttätigem Extremismus in zwei Demokratien mit unterschiedlicher Herangehensweise bietet die Chance einer Reflexion des jeweils eigenen Ansatzes.

Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Studie bedient sich des Vergleichs zweier Staaten als Instrument zur Beantwortung der leitenden Forschungsfragen. Als Fälle wurden die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika gewählt, die beide im Beobachtungszeitraum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik dem Typus der pluralistischen Demokratien zuzuordnen sind, jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt einen sehr unterschiedlichen staatlichen Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus entwickelt haben. Das Vorgehen ist insofern normativ begründet als der demokratische Verfassungsstaat als erstrebenswerte Form der Organisation politischer Herrschaft verstanden wird und sowohl die Instrumente als auch die Maßnahmen streitbarer Demokratie anhand von normativen Anforderungen überprüft werden, die im Fortgang der Arbeit entwickelt werden.

Vor dem systematischen Vergleich des staatlichen Umgangs mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus in Deutschland und den Vereinigten Staaten als Herzstück der Arbeit wird im grundlegenden ersten Kapitel des Hauptteils zunächst der Extremismusbegriff als zentrale Kategorie mitsamt seiner unterschiedlichen Konnotationen in beiden Staaten erläutert. Zudem wird die aktuelle rechts- und linksextremistische Phänomenologie in Deutschland und den USA anhand der Merkmale Ideologie, Organisationen und Potential beleuchtet.

Im zweiten Kapitel des Hauptteils wird die methodische Herangehensweise des Vergleichs der demokratischen Streitbarkeit in demokratischen Verfassungsstaaten erarbeitet. Diese lehnt sich in einem strukturierten Vergleich an Vorarbeiten des Rechtswissenschaftlers Markus Thiel an. Die mannigfaltigen Rahmenbedingungen und Ausdrucksformen des staatlichen Umgangs mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus werden dabei im Sinne einer Komplexitätsreduzierung fünf Clustern zugeordnet, die entscheidende Teilbereiche des Umgangs mit politischem Extremismus umfassen. Diese sind:

1. Rahmenbedingungen streitbarer Demokratie: Politische Kultur, politisches System, Rechtskultur
2. Wertgebundene Elemente der Verfassung
3. Einhegungsinstrumente gegen extremistische Organisationen und Personen jenseits des Strafrechts
4. Strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen Extremismus
5. Staatliche Beobachtung und Benennung von politischem Extremismus

Als Richtschnur zur Bewertung der rechtlichen Grundlagen und des Vorgehens der staatlichen Institutionen der verglichenen Staaten werden daran anschließend Anforderungen an demokratische Streitbarkeit entwickelt, deren Einhaltung die demokratische Qualität der Normen und Maßnahmen des Demokratieschutzes gewährt.

Nacheinander werden im dritten und maßgeblichen Kapitel des Hauptteils die jeweiligen Phänomene der einzelnen Cluster in Deutschland und den Vereinigten Staaten dargestellt, analysiert sowie in Theorie und Praxis demokratietheoretisch überprüft. Die landesspezifischen Ergebnisse werden am Ende eines jeden Clusters vergleichend gegenübergestellt und bewertet. Bei der Bearbeitung des fünften Clusters fließt aufgrund der besonderen Situation in den Vereinigten Staaten zudem eine Analyse des dortigen zivilgesellschaftlichen Engagements im Phänomenbereich des Clusters ein. Diese fußt maßgeblich auf Interviews, die mit den entsprechenden Akteuren durchgeführt wurden. In der Schlussbetrachtung werden die zentralen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst, bewertet und fließen ein in einen Ausblick auf mögliche (Fort-)Entwicklungen des streitbaren Demokratieschutzes in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Die Arbeit bewegt sich interdisziplinär im Grenzgebiet zwischen Politik-, Rechts- und Geschichtswissenschaft. Die Grundlage der Arbeit sind Primärquellen wie Gesetzestexte, amtliche Verlautbarungen, zeitgenössische Schriften und Interviews sowie bisherige Ergebnisse der Forschung in Darstellungen und Analysen der Sekundärliteratur und eigene Vorarbeiten.³ Tagesaktuelle Entwicklungen werden mithilfe von journalistischen Online- und Printpublikationen nachverfolgt.

³ Teile der Ausführungen im Hauptteil zur Debatte um den Extremismusbegriff in Deutschland (2.1), zur rechtsextremistischen Phänomenologie in Deutschland (2.4.1.1), zur Genese der streitbaren Demokratie (3.1) und zum Parteiverbot in Deutschland (4.3.1.1) basieren auf der unveröffentlichten Magisterarbeit „Parteiverbote als Instrument der streitbaren Demokratie – Zur Zweckmäßigkeit eines neuen NPD-Verbotsverfahrens“, die im Jahr 2009 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eingereicht wurde.

Forschungsstand

Politischer Extremismus ist seit jeher ein umstrittenes Feld in der deutschen Politikwissenschaft. Die Annahme struktureller Gemeinsamkeiten unterschiedlicher antidemokratischer Strömungen in einem normativen Ansatz der Extremismusforschung stößt trotz anregender theoretischer Vorarbeiten durch Uwe Backes und Eckhard Jesse⁴ auf bisweilen harsche Kritik.⁵ Ohne die kritischen Stimmen auszublenden, folgt die vorliegende Studie weitgehend dem normativen Ansatz von Backes und Jesse, da die Betrachtung des staatlichen Umgangs mit unterschiedlichen extremistischen Strömungen auch nach potentiellen Ursachen möglicher Ungleichbehandlung fragen kann. Überdies lassen sich gerade im Fall der Vereinigten Staaten angesichts des massiven Vorgehens gegen kommunistische Strömungen in den 1950er Jahren Brüche und Kontinuitäten beim Demokratieschutz nicht analysieren, wenn lediglich der Umgang mit einer anderen Form des politischen Extremismus in den Blick genommen wird. In der amerikanischen Politikwissenschaft hat sich mit wenigen Ausnahmen⁶ kein derartiger Forschungszweig entwickelt, was auch an der dortigen Vielfalt der Konnotationen des Begriffs Extremismus liegen mag. Extremistische Phänomene werden meist isoliert beschrieben.⁷

Ebenso wie der Begriff des politischen Extremismus – jedoch bereits seit der Gründung der Bundesrepublik – wird der Komplex streitbarer Demokratie in Deutschland fächerübergreifend diskutiert und ist entsprechend gut erforscht. Zahlreiche Monographien und Sammelbände befassen sich mit der deutschen Demokratieschutzkonzeption in Gänze oder mit einzelnen Instrumenten des

⁴ Vgl. u. a. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten, Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989; ders., Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Auflage, Bonn 1996; dies. (Hg.), *Vergleichende Extremismusforschung*, Baden-Baden 2005; Uwe Backes, *Politische Extreme, Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart*, Göttingen 2006.

⁵ Vgl. u. a. Christoph Kopke, Lars Rensmann, *Die Extremismus-Formel, Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45. Jg., Heft 12/2000, S. 1451-1462; Richard Stöss, „Extremistische Parteien“, *Worin besteht der Erkenntnisgewinn?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 47/2008, S. 3-7; *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus., Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*, Wiesbaden 2011.

⁶ Vgl. John George, Laird Wilcox, *Nazis, Communists, Klansmen, and Others on the Fringe, Political Extremism in America*, Buffalo 1992.

⁷ Vgl. u. a. Seymour M. Lipset, Earl Raab, *The Politics of Unreason, Right-Wing Extremism in America, 1790-1977*, 2. Aufl., Chicago/London 1978; Harvey Klehr, *Far Left of Center, The American Radical Left Today*, New Brunswick 1991; Martin Durham, *White Rage, The Extreme Right and American Politics*, London/New York 2007.

Demokratiesschutzes.⁸ Dabei haben sich grob zwei Richtungen herausgebildet. Die eine steht der demokratietheoretischen Möglichkeit streitbaren Demokratiesschutzes grundsätzlich offen gegenüber, während die andere einzelne Einschränkungen politischer Freiheiten zum Schutz der Demokratie prinzipiell ablehnt. Der Begriff der streitbaren Demokratie – bzw. der *militant democracy* im internationalen Schrifttum – ist in der amerikanischen Forschung in Bezug auf das eigene politische und rechtliche System nahezu gänzlich unbekannt.⁹ Entsprechend gibt es keine amerikanischen Gesamtdarstellungen zum konkreten Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus, sondern eher grundsätzliche Analysen zur Meinungsfreiheit¹⁰ und zu historischen Situationen, in denen sie übermäßig begrenzt wurde.¹¹ Eine Ausnahme bildet eine Studie von George Michael zum gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit sowohl gewalttätigem als auch nichtgewalttätigem Rechtsextremismus in den Vereinigten Staaten.¹²

In vergleichender Perspektive wurden bereits einzelne Aspekte sowohl amerikanischer und deutscher als auch anderer internationaler Ansätze streitbarer Demokratie betrachtet. Pionierarbeit auf dem Feld der vergleichenden Forschung zur streitbaren Demokratie hat Gregor Paul Boventer 1985 mit seiner Monographie über die Grenzen demokratischer Freiheit in Deutschland, den Vereinigten

⁸ Vgl. u. a. Johannes Lameyer, *Streitbare Demokratie, Eine verfassungshermeneutische Untersuchung*, Berlin 1978; Eckhard Jesse, *Streitbare Demokratie, Theorie, Praxis und Herausforderungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980; Hans-Gerd Jaschke, *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit, Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen 1991; Horst Meier, *Parteiverbote und demokratische Republik, Zur Interpretation und Kritik von Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes*, Baden-Baden 1993; Claus Leggewie, Horst Meier, *Republikenschutz, Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie*, Reinbek bei Hamburg 1995; Hans-Jürgen Papier, Wolfgang Durner, *Streitbare Demokratie*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, 128. Jg., Heft 3/2003, S. 340-371; Markus Thiel (Hg.), *Wehrhafte Demokratie, Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung*, Tübingen 2003; Christoph Weckenbrock, *Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand, Die neue NPD als Herausforderung*, Bonn 2009; Julia Gerlach, *Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie, Verboten oder Nicht-Verboten?*, Baden-Baden 2012.

⁹ „The term ‚militant democracy‘ is absent from constitutional discourse in the United States of America.“, so Mark V. Tushnet, *United States of America*, in: Markus Thiel (Hg.), *The ‘Militant Democracy’ Principle in Modern Democracies*, Farnham/Burlington 2009, S. 357-377, S. 357.

¹⁰ Vgl. Lee C. Bollinger, *The Tolerant Society, Freedom of Speech and Extremist Speech in America*, New York 1986; aus deutscher Perspektive Helmut Steinberger, *Konzeption und Grenzen freiheitlicher Demokratie, Dargestellt am Beispiel des Verfassungsrechtsdenkens in den Vereinigten Staaten und des amerikanischen Antisubversionsrechts*, Berlin/Heidelberg/New York 1974.

¹¹ Vgl. Robert Justin Goldstein, *Political Repression in Modern America, From 1870 to 1976*, Urbana/Chicago 2001; Geoffrey R. Stone, *Perilous Times, Free Speech in Wartime*, New York 2004.

¹² Vgl. George Michael, *Confronting Right-wing Extremism and Terrorism in the USA*, London/New York 2003.

Staaten und Frankreich geleistet.¹³ Boverter konzentrierte sich besonders auf juristische Möglichkeiten des Demokratieschutzes und die Verwehrung des Zugangs für Extremisten zum öffentlichen Dienst. Isabelle Canu hat aus politikwissenschaftlicher Perspektive eine vergleichende Studie zu Deutschland und Frankreich vorgelegt.¹⁴ Martin Klamt hat eine umfassende rechtswissenschaftliche Untersuchung streitbarer Demokratieansätze in der Europäischen Union veröffentlicht.¹⁵ In der internationalen Forschung erfreut sich das Konzept der streitbaren Demokratie in jüngerer Zeit vermehrter Aufmerksamkeit. Auf englischer Sprache sind in diesem Rahmen Aufsätze und Sammelbände erschienen, die dazu beitragen, streitbare Demokratie als eigenen Forschungsbereich insbesondere beim Vergleich von Staaten zu etablieren.¹⁶ Gemeinsam haben diese Studien jedoch, dass sie die Thematik nahezu ausschließlich aus juristischer Perspektive erörtern. Zentrale Aspekte wie historische Kontexte, demokratietheoretische Fragen, Belange der politischen Kultur und der extremistischen Phänomenologie werden dabei teilweise vernachlässigt. Unter Einbezug der Vereinigten Staaten sind seit Boverter nur noch kurze vergleichende Studien in Aufsatzform publiziert worden, von denen sich manche wiederum lediglich für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus interessieren.¹⁷ Gemeinsam kommen die Autoren übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede zwischen den Demokratieschutzkonzeptionen Deutschlands und der Vereinigten Staaten in unterschiedlichen Demokratie- und Freiheitsvorstellungen sowie in divergierenden Regierungssystemen begründet liegen. Aufgrund des begrenzten Umfangs der Studien gestehen sie jedoch der demokratietheoretischen Bewer-

¹³ Vgl. Gregor Paul Boverter, *Grenzen politischer Freiheit im demokratischen Staat, Das Konzept der streitbaren Demokratie in einem internationalen Vergleich*, Berlin 1985.

¹⁴ Vgl. Isabelle Canu, *Der Schutz der Demokratie in Deutschland und Frankreich, Ein Vergleich des Umgangs mit politischem Extremismus vor dem Hintergrund der Europäischen Integration*, Opladen 1997.

¹⁵ Vgl. Martin Klamt, *Die Europäische Union als streitbare Demokratie, Rechtsvergleichende und europarechtliche Dimensionen einer Idee*, München 2012.

¹⁶ Vgl. Gregory H. Fox, Georg Nolte, *Intolerant Democracies*, in: *Harvard International Law Journal*, 36. Jg., Heft 1/1995, S. 1-70; András Sajó, (Hg.), *Militant Democracy*, Utrecht 2004; Samuel Issacharoff, *Fragile Democracies*, in: *Harvard Law Review*, 120. Jg., Heft 6/2007, S. 1405-1467; Markus Thiel (Hg.), *The 'Militant Democracy' Principle in Modern Democracies*, Farnham/Burlington 2009.

¹⁷ Vgl. Ami Pedahzur, *The Defending Democracy and the Extreme Right, A Comparative Analysis*, in: Roger Eatwell, Cas Mudde (Hg.), *Western Democracies and the New Extreme Right Challenge*, London/New York 2004, S. 108-132; Uwe Backes, *Limits of Political Freedom in Democratic Constitutional States, A Comparative Study on Germany, France and the USA*, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 3. Jg., Heft 2/2006, S. 265-283; George Michael, Michael Minkenberg, *A Continuum for Responding to the Extreme Right, A Comparison between the United States and Germany*, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 30. Jg., Heft 12/2007, S. 1109-1123.

tung einzelner Maßnahmen und der Frage, welche Impulse von der einen Demokratieschutzkonzeption für die andere ausgehen könnten, nur wenig Raum zu.

In letzter Zeit wurden deutliche Fortschritte bei vergleichenden Studien auf dem Metier streitbarer Demokratie erzielt, weshalb das Diktum Giovanni Capoccias aus dem Jahr 2001, das Konzept der streitbaren Demokratie sei „largely understudied in a comparative perspective“¹⁸, in dieser Form nicht mehr gilt. Es kann von einem Prozess der Etablierung vergleichender Forschung zur streitbaren Demokratie gesprochen werden. Eine umfassende aktuelle vergleichende Studie zum staatlichen Umgang insbesondere mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus in Deutschland und den Vereinigten Staaten stand hingegen noch aus. Mit einem ausführlichen „Blick über den Tellerrand“ können nicht zuletzt die hiesigen Mechanismen des staatlichen Demokratieschutzes neu reflektiert werden. Sowohl Extremismus als auch streitbare Demokratie sind emotional aufgeladene Themen. Die vorliegende Arbeit versucht sich diesem Komplex *sine ira et studio* – ohne Zorn und Eifer – zu nähern, um möglichst fruchtbare Ergebnisse für die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung zu liefern.

¹⁸ Giovanni Capoccia, Defending Democracy, Reactions to Political Extremism in Inter-war Europe, in: European Journal of Political Research, Heft 39/2001, S. 431-460, S. 435.

Streitbare Demokratie in Deutschland und den
Vereinigten Staaten

Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem
politischem Extremismus im Vergleich

Flümann, G.

2015, XIV, 436 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-08313-7